

# Pressemitteilung

## Verheerende Wohnbau-Bilanz von Schwarz-Grün in Hamburg

### SPD-Expertin Anne Krischok fordert mehr Wohnungsbau, Neuorientierung bei energetischer Sanierung und neue Flächenpolitik

Hamburg, 27. Januar 2011

Alle wissen es: Hamburgs Regierungen haben in den letzten 10 Jahren den Wohnungsbau verschlafen. Während es in Hamburg im Jahr 2001 noch 153.000 preisgebundene Wohnungen gegeben habe, sind heute nur noch 100.000 übrig. "Hamburg hat in den drei Legislaturperioden seit 2001 rund ein Drittel seiner Sozialwohnungen verloren", kritisiert die SPD-Stadtentwicklungspolitikerin Anne Krischok. Statt der jährlich benötigten 6000 neuen Wohnungen, wird aktuell gerademal die Hälfte erstellt – und dies auch nicht im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. „Unter einer Wohnungsbauoffensive verstehe ich was anders“ betont die SPD-Politikerin.

**Verdoppelung des Wohnungsbaus:** "Es ist ein Tiefschlag für die Menschen, die eine Wohnung suchen" bezeichnete Krischok die Tatsache, dass das städtische Wohnungsunternehmen SAGA/GWG im vergangenen Jahr erstmals keine einzige Wohnung fertig gestellt hat. " Dies ist umso dramatischer, wenn man bedenkt, dass SAGA/GWG jede sechste Hamburger Wohnung gehört. Es ist dabei unerheblich, wie viele Wohnungen von welchen Behörden auch immer geplant werden: Sie müssen auch gebaut werden!

**Zielvereinbarungen zum Wohnungsbau mit den Bezirken:** Lediglich mit fünf der sieben Bezirke sind für 2010 überhaupt Zielvereinbarungen zu Wohnungsbauflächen abgeschlossen worden. Dass ausgerechnet die schwarz-grün geführten Bezirke Altona und Harburg keine Zielvereinbarung abgeschlossen hätten, erscheint skurril.

**Umwandlung von leeren Bürogebäuden in Wohnraum:** Dies betrifft weniger den Hamburger Westen, jedoch könnten hier Wohnungspotentiale von 5000 neuen Wohnungen realisiert werden.

**Behutsamere Energetische Sanierung:** Es darf nicht dazu führen, dass hohe energetische Anforderungen (Passivhaus-Standard) preiswerten Wohnungsbau verhindern. Hamburg sollte neben den bestehenden und auf Bundesebene festgesetzten Werten keine neuen Hamburger Anforderungen vorschreiben. Aussagen der Interims-Umweltsenatorin Gundelach, Mietsteigerungen belasteten die Mieter nicht, da sie die Erhöhung durch Reduzierung der Energiekosten reduzierten, ist aus Sicht von Anne Krischok einfach weltfremd.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:  
Frank Leptien (Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Anne Krischok, MdHB)  
SPD-Abgeordnetenbüro; Luruper Hauptstraße 168, 22547 Hamburg  
Tel.: 040 / 83 01 84 00; Fax: 040 / 82 29 99 84; Handy: 0151 56 33 43 25  
Internet: [www.anne-krischok.de](http://www.anne-krischok.de); E-Mail: [abgeordnetenbuero@anne-krischok.de](mailto:abgeordnetenbuero@anne-krischok.de)